

Zeitschrift: Centrum : Jahrbuch Architektur und Stadt
Herausgeber: Peter Neitzke, Carl Steckeweh, Reinhart Wustlich
Band: - (2004-2005)

Artikel: Wahrheit gegen Wahrheit : ein vollständiger Blick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt
Autor: Avnery, Uri
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1072451>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

CAUTION!

This is a subversive text. It undermines the very foundations on which the National Consensus is based.

These 101 points demolish the myths, conventional lies and historical falsehoods, on which most of the arguments of both Israeli and Palestinian propaganda rest. The truths of both sides are intertwined into one historical narrative that does justice to both. Without this common basis, peace is impossible.

By Uri Avnery

For additional information:

Gush Shalom
P.O.Box 3322, Tel-Aviv 61033
info@gush-shalom.org
www.gush-shalom.org

15 NIS / \$3



Uri Avnery

Wahrheit gegen Wahrheit

Ein vollständig anderer Blick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt

Die erstmals im Mai 2004 von Gush Shalom, dem „harten Kern“ der israelischen Friedensbewegung, veröffentlichten 101 Thesen zur Geschichte und zu den Perspektiven des israelisch-palästinensischen Konflikts thematisieren die „Tyrannei der Mythen“ (Thesen 1-11), die Wurzeln des Konflikts (Thesen 12-28), die Phase des von den israelischen Juden als „Unabhängigkeits-“ oder sogar „Befreiungskrieg“, von den Arabern als „Naqbe“, als Katastrophe, bezeichneten Krieges von 1948 (Thesen 29-39), die Zeit nach der Unterzeichnung der Waffenstillstandsabkommen Anfang 1949 – „Ein jüdischer Staat“ (Thesen 40-45), den Sechs-Tage-Krieg (Thesen 46-56), den Friedens-

prozeß (Thesen 57-59) und das Oslo-Abkommen 1993 (Thesen 60-73). Wir dokumentieren im folgenden die Thesen 73-101.

Der vollständige Text ist in englischer Sprache nachzulesen unter

http://www.gush-shalom.org/Docs/Truth_Eng.pdf

[...]

73 Die Dinge spitzten sich im Sommer 2000 beim Camp-David-Gipfel zu, der Arafat gegen dessen Willen und ohne Vorbereitungszeit aufgedrängt wurde. Baraks Forderungen, die auf dem Gipfel als Clintons Forderungen präsentiert wurden, bestanden darin, daß die Palästinenser dem Ende des Konflikts zustimmen, indem sie auf das Rückkehrrecht und jede Rückkehr von Flüchtlingen nach Israel verzichten; komplizierte Arrangements für Ost-Jerusalem und den Tempelberg akzeptieren, ohne die Herrschaft über sie zu haben;

Diese ‚Warnung‘ beschließt die Gush-Shalom-Publikation *TRUTH against TRUTH. A completely Different Look at the Israeli-Palestinian Conflict*

Karte der West Bank mit jüdischen Siedlungen
und der Sperranlage, Stand 1. Juli 2004
Quelle: B'tselem. Israelisches Informationszentrum
für die Menschenrechte in den Besetzten Gebieten
(<http://www.btselem.org/>)

der Annexion großer Siedlungsblöcke auf der Westbank und dem Gazastreifen zustimmen; der israelischen militärischen Präsenz in weiten Teilen (wie dem Jordantal) und der israelischen Kontrolle über die Grenzen zwischen dem palästinensischen Staat und dem Rest der Welt zustimmen. Es war einfach unmöglich, daß ein palästinensischer Führer ein solches Abkommen unterzeichnen konnte – und so endete der Gipfel ohne Ergebnis. Bald danach waren auch die Karrieren von Clinton und Barak zu Ende, während Arafat von den Palästinensern als Held empfangen wurde, der dem Druck Clintons und Baraks standgehalten und nicht nachgegeben hat.

Die Al-Aqsa-Intifada

74 Der Zusammenbruch des Gipfels, das Verschwinden jeder Hoffnung auf ein Abkommen zwischen den beiden Seiten und die bedingungslose Pro-Israel-Haltung der USA führte unvermeidlich zu einer neuen Runde gewalttätiger Konfrontationen, die als die Al-Aqsa-Intifada bekannt wurde. Für die Palästinenser ein gerechtfertigter nationaler Aufstand gegen eine demütigende, nicht enden wollende Besatzung, die es sich erlaubt, ihnen den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Für die Israelis ein Ausbruch von mörderischem Terrorismus. Die Ausführenden dieser Gewaltakte sind für die Palästinenser nationale Helden – für die Israelis bössartige Verbrecher, die liquidiert werden müssen.

75 Die offiziellen Medien Israels ließen häufig den Ausdruck „Siedler“ fallen, und auf Befehl von oben begannen sie damit, sie als „Bewohner“ zu bezeichnen, so daß jeder Angriff auf sie so aussieht, als handle es sich um ein Verbrechen gegen Zivilisten. Die Palästinenser sehen die Siedler als Speerspitze eines gefährlichen Feindes, der ihr Land enteignet, dem man widerstehen und den man angreifen muß.

76 Im Laufe der Al-Aqsa-Intifada stürzte ein großer Teil des „Friedenslagers“ in sich zusammen und zeigte so die Oberflächlichkeit vieler seiner Überzeugungen. Da es niemals eine echte Revision seines zionistischen Narrativs unternommen und niemals die Tatsache verinnerlicht hat, daß es auch ein palästinensisches Narrativ gibt, erschien das palästinensische

Verhalten völlig unerklärlich, besonders nachdem Barak „jeden Stein umgedreht“ und „größzügigere Angebote gemacht hatte als jeder Ministerpräsident vor ihm“. Die einzig verbliebene Erklärung war die, daß die Palästinenser das israelische Friedenslager getäuscht hätten, daß sie niemals beabsichtigten, Frieden zu machen, und daß ihr wahres Ziel sei, die Juden ins Meer zu werfen, wie dies die zionistische Rechte schon immer behauptet hat. Die Folgerung: „Wir haben keinen Partner.“

77 Die Folge war, daß die trennende Linie zwischen der zionistischen „Rechten“ und „Linken“ fast verschwand. Die Führer der Arbeitspartei schlossen sich der Regierung Sharon an und wurden (wie etwa Shimon Peres) deren wirksamsten Verteidiger, und selbst die formelle linke Opposition wurde unwirksam. Dies bewies noch einmal, daß das ursprüngliche zionistische Narrativ der entscheidende Faktor war, alle Teile des politischen Systems in Israel zu vereinigen, indem es dafür sorgt, daß deren Unterschiede in Krisenzeiten ihre Bedeutung verlieren.

78 Die Al-Aqsa-Intifada (auch Zweite Intifada genannt) brachte die Intensität des Konflikts auf eine neue Ebene. In den ersten drei Jahren wurden etwa 2600 Palästinenser und 800 Israelis getötet. Die israelischen Militäroperationen machten das Leben der Palästinenser zur Hölle, schnitten Städte und Dörfer voneinander ab, zerstörten ihre Wirtschaft und brachten viele an den Rand einer Hungersnot. Außergerichtliche Hinrichtungen von palästinensischen Militanten („gezielte Tötungen“), bei denen oft auch zufällig in der Nähe stehende Zivilisten getötet wurden, wurden zur Routine, Überfälle auf palästinensische Städte und Dörfer, um Verdächtige zu töten oder zu verhaften, tägliche Ereignisse. Yassir Arafat, der Führer des palästinensischen Befreiungskampfes, in seinem Ramallah-Sitz (der Mukata'ah) unter ständiger Bedrohung seines Lebens gefangen, ist zum größten Symbol des Widerstandes gegen die Besatzung geworden.

79 Im Gegensatz zu den Erwartungen der israelischen militärischen und politischen Führung hat der extreme militärische und wirtschaftliche Druck die palästinensische Führung nicht gebrochen. Selbst unter den extremsten Umständen bringen die Palästinenser es fertig, ein anscheinend normales Leben auf-

The West Bank

Jewish Settlements and the Separation Barrier

August, 2004

Neuer Zaunverlauf: 500 Quadratkilometer an Palästinenser

Die israelischen Sicherheitsbehörden haben einen neuen Verlauf des Sicherheitszaunes im Westjordanland vorgelegt. Demzufolge wird eine Fläche von 500 Quadratkilometern weniger vom palästinensischen Gebiet abgeschnitten als zuvor geplant.

Wie die Tageszeitung „Ha'aretz“ berichtet, fügt der Zaun nach dem neuen Verlaufsplan nur 400 Quadratkilometer vom Westjordanland dem israelischen Gebiet hinzu. Der ursprüngliche Plan sah eine Fläche von 900 Quadratkilometern vor, die abgetrennt werden sollte. Der Oberste Gerichtshof hatte am 30. Juni einen neuen Verlauf angeordnet, weil der alte unproportional viel Land von Palästinensergebieten abschnitt. Der neue Verlauf entspricht dem Vorschlag des Friedens- und Sicherheitsrates.

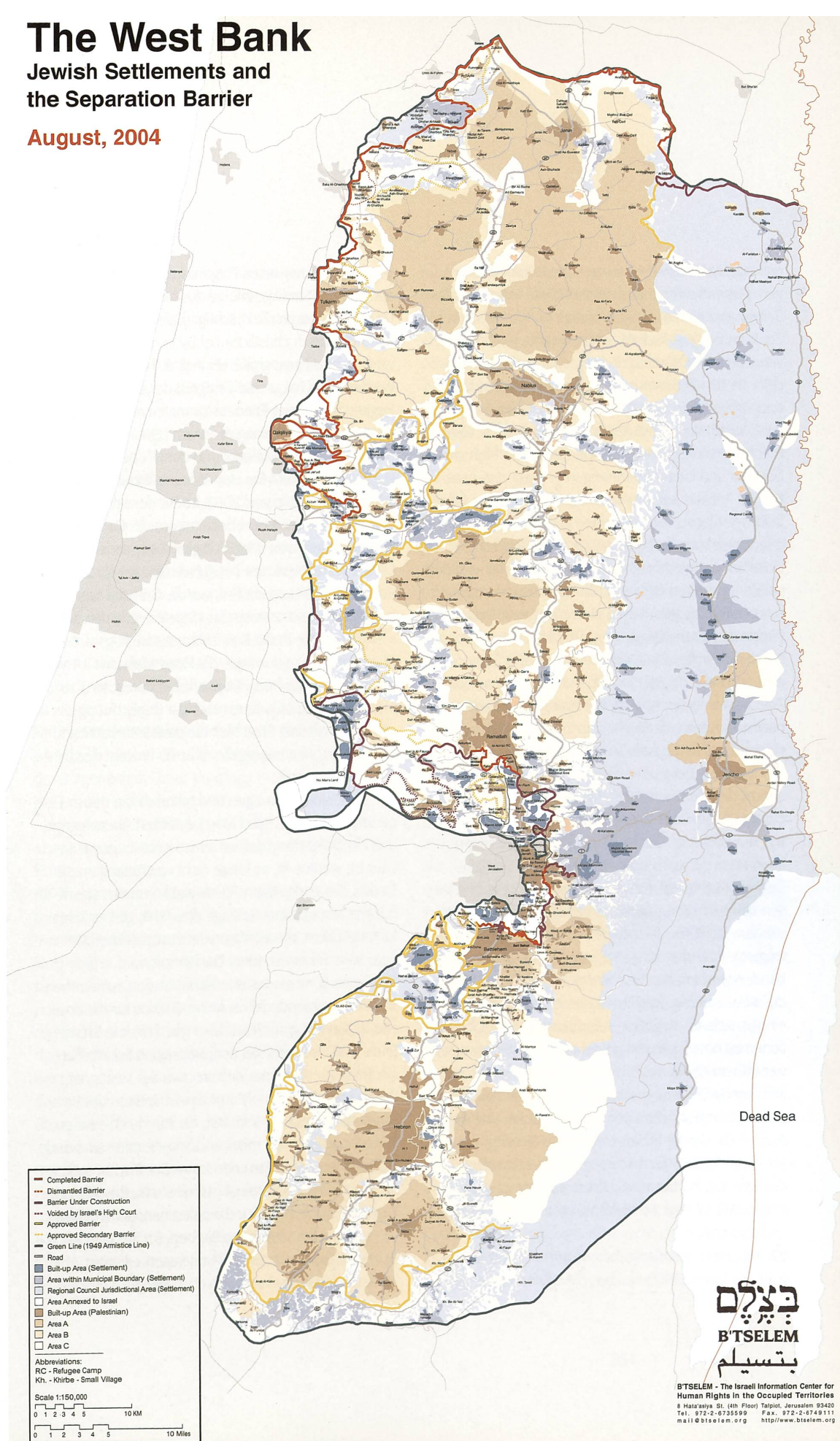
Der Zaun-Verlauf ist bei den Bergen südlich von Hebron erweitert worden. Dort reicht er entlang der Grünen Linie (der Grenze vor dem Sechstage-Krieg von 1967) bis zum Toten Meer. Dabei gibt es drei Ausbuchtungen um die jüdischen Ortschaften Eschkolot, Schani und Metzudat Jehuda.

Beim Korridor von Jerusalem gibt die neue Route 100 Quadratkilometer zurück an palästinensisches Gebiet. Dazu gehört die Ortschaft Dschabel Mukatam in der Nähe von Abu Ghosch.

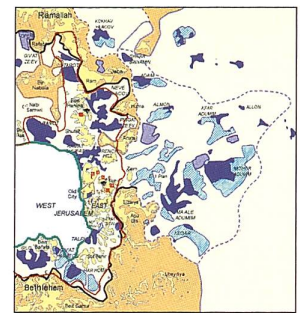
In der Region von Beit Suriq wird der Zaun näher an die Gemeinde Har Adar rücken. Die Bewohner der Ortschaften Beit Suriq, Bidu, Beit Anan und Qatana werden nun nicht mehr von ihren Feldern getrennt werden, wie es beim ursprünglichen Plan der Fall gewesen wäre. Diese Felder machen eine Fläche von 20 Quadratkilometern aus.

Die neue Route schafft zudem den doppelten Sicherheitszaun entlang der Autobahn Nr. 443 zwischen Ramot und Modi'in ab.

Israelnetz
http://www.israelnetz.de
29. November 2004



Jerusalem, von Israel
besetzte Stadtgebiete
Rot: Von Israel
festgesetzte
Grenze
Grün: Grüne Linie
(Grenze vor
1967)
Schwarz: Verlauf der
Mauer



rechtzuerhalten, und Mittel zu finden, zurückzuschlagen. Das wirksamste und entsetzlichste Mittel war das Selbstmordattentat, das die blutige Konfrontation ins Zentrum der israelischen Städte brachte. Die Intifada verursachte für Israel auch noch andere Schäden, indem sie den Tourismus lähmte, ausländische Investoren abhielt, die Wirtschaftsflaute verstärkte, die nationale Wirtschaft beschränkte und soziale Dienste zusammenbrechen ließ, durch welche die soziale Kluft größer wird und innere Spannungen in Israel zunehmen.

80 Als Antwort auf die Anschläge, besonders auf die Selbstmordanschläge, die einen großen Einfluß auf die öffentliche Moral haben, verlangte die „zionistische Linke“ eine physische Barriere zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten. Zunächst war die „zionistische Rechte“ gegen diesen „Trennungsaun“, da sie fürchtete, dieser würde eine politische Grenze in der Nähe der Grünen Linie schaffen. Aber Ariel Sharon erkannte bald, daß er die Idee des Zauns für seine Zwecke ausnützen könnte. Er begann, eine Barriere bauen zu lassen, die mit seinen Zielen übereinstimmte, tief in die palästinensischen Gebiete hineinschneidet, so die großen Siedlungsblöcke an Israel anschließt und die Palästinenser unter wirksamer israelischer Kontrolle in isolierte Enklaven einsperrt.

81 Am Ende des dritten Jahres der Al-Aqsa-Intifada konnten in der israelischen Öffentlichkeit deutliche Zeichen von Kriegsmüdigkeit und auch Opposition gegen die wachsende Brutalität der Besatzung entdeckt werden. Sichtbare Zeichen sind die Verweigerungsbewegung unter den Jüngeren, die zum Militärdienst einberufen werden; die Revolte der 27 Luftwaffenpiloten; die Verweigerung der Elite-Generalstabskommandoeinheit, sich an „illegalen und unmoralischen“ Operationen zu beteiligen; das gemeinsame Statement, das vier frühere Chefs des Sicherheitsdienstes gegen die anhaltende Besatzung abgaben; die Veröffentlichung der Friedensgrundsätze von Sari Nusseibeh und Ami Ayalon; die Genfer Initiative von Yossi Beilin und Yasser Abdel-Rabbo; die Änderung von Positionen und des Stils von Politikern und Kommentatoren, die in engem Kontakt mit den Stimmungen des Volkes sind und so weiter.

82 Nach der amerikanischen Invasion im Irak zu Beginn des Jahres 2003 wurden die USA sensibler ge-

genüber den negativen Folgen des israelisch-palästinensischen Konflikts. Infolge des innenpolitischen Drucks, der durch die mächtige jüdische und die fundamentalistisch christliche Lobby in den USA ausgeübt wird und die einen großen Einfluß auf George W. Bushs Weißes Haus hat, ist die Fähigkeit der amerikanischen Regierung, für eine Friedenslösung zu arbeiten, begrenzt. Trotzdem gelang es einem „Quartett“, das aus den USA, der EU, Rußland und der UN besteht, eine sogenannte *Road Map des Friedens* anzubieten.

83 Die Road Map von 2003 ist mit denselben grundsätzlichen Fehlern behaftet wie die Osloer Prinzipienklärung von 1993. Obgleich sie, anders als in Oslo, ein Ziel bestimmt hat („Zwei Staaten für zwei Völker“), legte sie nicht fest, wo die Grenzen des zukünftigen palästinensischen Staates verlaufen sollen – und so fehlte in der Road Map das wichtigste. Ariel Sharon war so in der Lage, die Road Map (mit 14 Vorbehalten, die sie ihres Hauptinhaltes beraubten) zu akzeptieren, da er ja bereit war, die Bezeichnung „Palästinensischer Staat“ auf die palästinensischen Enklaven zu übertragen, die er in 10 Prozent des Landes einrichten will.

84 Die Oslo-Erfahrungen und natürlich die neuen Experimente mit der Road Map bestätigen überzeugend, daß ein Dokument, das auf Zwischenlösungen aufgebaut ist, wertlos ist, so lange nicht von Anfang an die Details des endgültigen Friedensabkommens schriftlich klar festgelegt sind. Solange dies fehlt, gibt es keinerlei Möglichkeit, die Interimstadien umzusetzen. Wenn jede Seite für ein anderes Ziel kämpft, wird in jedem Interimstadium wieder eine Konfrontation aufflammen.

85 Wohl wissend, daß es keine Chance für die aktuelle Realisierung der Road Map gibt, kündete Sharon Ende 2003 seinen Plan der „einseitigen Schritte“ an, ein Code für die Annexion von etwa der Hälfte der Westbank (durch Israel) und das Einsperren der Palästinenser in isolierte Enklaven, die nur durch Straßen, Tunnel und Brücken miteinander verbunden sind und die man jederzeit absperren kann. Der Plan ist so konstruiert, daß Israel keine palästinensische Bevölkerung hinzugefügt wird und für die palästinensischen Enklaven keinerlei Landreserven bleiben. Da der Plan keine Verhandlungen mit den Palästinensern erfordert, aber behauptet, daß er den israelischen Bürgern „Frieden

Peter Schäfer

Israel kündigte Enteignung von Palästinensern in Ost-Jerusalem an
Über die Hälfte des palästinensischen Besitzes wäre betroffen. Entscheidung mußte aber zurückgenommen werden.

Mahmud Abbas, der neue palästinensische Präsident, verwendet derzeit seine ganze Energie auf Verhandlungen mit den bewaffneten Gruppen. Er will sie zur Einstellung der Angriffe auf Israel überreden. Zudem soll dies seine Militäraktionen zurückschrauben. Beobachter rechnen mit einem Erfolg. Es ist eine positive Stimmung entstanden, die international begrüßt wird.

Gleichzeitig hat die Regierung Sharon den Griff auf das palästinensische Ost-Jerusalem¹ verstärkt und mit einer groß angelegten Landenteignung begonnen. „Weit über die Hälfte des palästinensischen Grundbesitzes in Ost-Jerusalem ist betroffen“, erklärte der palästinensische Kartograph Khalil Tufakdschi. Er erinnerte daran, daß Israel nach dem Krieg von 1948 dieselbe Methode zur Ausweitung seines Staatsgebiets nutzte.

Grundlage der Enteignung ist ein Gesetz von 1950². Danach wurde der Landbesitz von Palästinensern, die außerhalb des neugeschaffenen israelischen Territoriums lebten – die palästinensischen Flüchtlinge aus dem Krieg –, zunächst treuhänderisch verwaltet. Später wurden die Ländereien dem Jüdischen Nationalfond übergeben. Nutzung durch Nicht-Juden war explizit untersagt. 1967 besetzte Israel das Westjordanland, verdrängte das Stadtgebiet Ost-Jerusalem und annektierte es. Eine Resolution der Vereinten Nationen vom selben Jahr ächtet die Landnahme zwar, sie wird von Israel aber mißachtet und von der internationalen Gemeinschaft nicht durchgesetzt. Das „Gesetz über den Besitz von Abwesenden“ wurde zunächst jedoch nicht auf Ost-Jerusalem ausgedehnt.

Nun faßten die israelischen Minister am 8. Juli 2004 aber den geheimen Beschluß zu dessen Ausweitung, veröffentlicht Mitte Januar von der israelischen Tageszeitung *Haaretz*. „Wir wissen nicht genau, was auf dem Kabinettsstreifen serviert wurde“, so der Kommentator Meron Rapaport³, „aber es ist klar, was verteilt wurde, nämlich palästinensischer Landbesitz in Ost-Jerusalem.“ Oder genauer: die Grundstücke und Gebäude, die Bewohner des Westjordanlands in der Stadt besitzen.

Die Palästinensische Autonomiebehörde verurteilte die erneute Ausweitung israelischer

Gesetzgebung auf ihr Gebiet. „Das ist eine Verletzung der Abkommen, die Israel mit uns abgeschlossen hat“, sagte Minister Saeb Erekat. „Das Osloer Friedensabkommen besagt, daß in Ost-Jerusalem keine Veränderungen vorgenommen werden dürfen, bis der Status der Stadt in den Endstatusverhandlungen geklärt ist.“ Die israelische Regierung verweigert bisher die Kommentierung ihres Schritts.

Das Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen⁴ in Ramallah sieht in der Maßnahme den Beweis dafür, daß die von Israel derzeit gebauten Sperranlagen⁵ aus Mauern und Zäunen zur Annexion palästinensischen Bodens dienen. Israel hatte bisher immer angegeben, daß der Mauerbau „ausschließlich der Sicherheit Israels“ diene und keine Grenzziehung bedeute. Der frühere israelische Justizminister Jossi Beilin, Chef der Jachad-Partei, bezeichnete die Anwendung des Gesetzes als „Diebstahl“. Die Gruppe „Juden für den Frieden“ beschuldigte die israelische Regierung, „alles in ihrer Macht Stehende“ zu tun, „um die Spannungen mit den Palästinensern zu verstärken“.

Nach wenigen Tagen sorgte das Thema aber nicht nur unter den Palästinensern für Aufregung, sondern auch in diplomatischen Kreisen. Die US-Regierung kündigte an, sich die Angelegenheit „etwas genauer anschauen“ zu wollen. Israels Oberstaatsanwalt Menachem Masus, der von der Kabinettsentscheidung erst aus der Zeitung erfuhr, tat dies ebenso und verfügte am 1. Februar, daß die Kabinettsentscheidung vom 8. Juli illegal sei. Der verantwortliche Finanzminister Benjamin Netanjahu wurde angewiesen, die Anwendung des Gesetzes auf Ost-Jerusalem sofort zu stoppen. „Die Umsetzung des Kabinettsbeschlusses zöge schwerwiegende diplomatische Verwicklungen in bezug auf den Trennzaun nach sich“, schrieb Masus in seiner Entscheidung. Die derzeit von Israel gebaute Anlage wurde im Juli vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag für völkerrechtswidrig erklärt.⁶ „Und Israels Interesse bei dieser Angelegenheit wäre“, so Masus weiter, „die Eröffnung neuer Fronten vor dem internationalen Recht zu vermeiden.“ Palästinensische Experten gehen allerdings davon aus, daß die Nichtanwendung des Gesetzes nur temporär sei. Zur Zeit baut Israel Sperranlagen aus Mauern und Zäunen um Ost-Jerusalem, die das wirtschaftliche, politische und religiöse Zentrum der Palästinenser vom Rest des Westjordanlands abtrennt. Ost-Jerusalemern mit Arbeitsplatz, Familie oder Freunden im Umland müssen

und Sicherheit“ bringt, kann er für das wachsende israelische Verlangen nach einer Lösung benutzt werden, ohne Israels Vorurteile und den Haß gegen die Palästinenser zu stören.

86 Der allgemeine Angriff der Regierung Sharon und der Militärführung auf die Bevölkerung in den besetzten Gebieten (Erweiterung der Siedlungen, Errichtung neuer „Außenposten“ genannter Siedlungen; Bau des „Trennungszauns“ und von „Umgehungsstraßen“ nur für Siedler; Überfälle der Armee auf palästinensische Städte und „gezielte Tötungen“, Zerstörung der Häuser, Entwurzeln der Plantagen) auf der einen Seite und die palästinensischen tödlichen Angriffe innerhalb Israels auf der anderen Seite bringen die palästinensischen Einwohner Israels in eine unerträgliche Situation.

87 Die natürliche Neigung der arabischen Bürger Israels, ihren Brüdern auf der anderen Seite der Grünen Linie zu helfen, steht im Kontrast zu ihrem Wunsch, als gleichberechtigte Bürger Israels akzeptiert zu werden. Zugleich wachsen in der jüdischen Bevölkerung Israels die Angst und der Haß gegen alle „Araber“ und bedrohen die Grundlage der Gleichheit und der Bürgerrechte. Diese Vorgänge erreichten ihren Höhepunkt in den Ereignissen vom Oktober 2000, unmittelbar nach dem Ausbruch der Al-Aqsa-Intifada, als die israelische Polizei auf arabische Bürger tödliche Schüsse abfeuerte.

88 Zusammen mit dem Wiederauftauchen des „demographischen Problems“ in der israelischen Agenda führten diese Vorgänge zu neuen Zweifeln über die Doktrin des „jüdisch demokratischen Staates“. Der seit der Gründung des Staates Israel weder theoretisch noch praktisch gelöste innere Widerspruch zwischen diesen beiden Attributen ist deutlicher denn je. Die genaue Bedeutung des Terminus „jüdischer Staat“ ist niemals genau definiert worden, auch nicht der Status der arabisch-palästinensischen Minderheit in einem Staat, der sich offiziell als „jüdisch“ versteht. Die Forderung, Israel zu einem „Staat aller seiner Bürger“ zu machen und/oder der arabisch-palästinensischen Minderheit bestimmte nationale Rechte zu geben, ist immer öfter zu hören, nicht nur von arabischen Bürgern.

89 Als Folge all dieser Vorgänge entwickelt sich der Konflikt immer weniger zu einer israelisch-palästinensischen, sondern immer mehr zu einer jüdisch-arabi-

schen Konfrontation. Die gewaltige Unterstützung Israels und seiner Aktionen durch eine große Mehrheit der jüdischen Diaspora – und die Unterstützung der arabischen und muslimischen Massen gegenüber der palästinensischen Sache, im Gegensatz zur Haltung ihrer Führer, haben dieses Phänomen konsolidiert. Die Ermordung des Hamas-Führers Scheich Ahmed Yassin im März 2004 und von Abd-al-Aziz al Rantisi drei Wochen später entfachten die Flammen um so mehr.

Das neue Friedenslager

90 Eine neue Friedensbewegung muß sich darauf gründen, daß der Konflikt ein Zusammenprall zwischen der zionistisch-israelischen Bewegung ist – deren „genetischer Code“ darauf zielt, das ganze Land zu besitzen und die nicht-jüdische Bevölkerung zu vertreiben – und der palästinensischen Nationalbewegung, deren „genetischer Code“ darauf zielt, diesen Kurs aufzuhalten und einen palästinensischen Staat im ganzen Land aufzubauen. Dies kann als ein Zusammenprallen zwischen einer „unwiderstehlichen Kraft“ und einem „unbeweglichen Objekt“ gesehen werden.

91 Aufgabe der israelischen Friedensbewegung ist es, diesen historischen Zusammenprall zu stoppen, den zionistischen „genetischen Code“ zu überwinden und mit den palästinensischen Friedenskräften zusammenzuarbeiten, um zu einem Frieden durch historische Kompromisse zu gelangen, die zur Versöhnung zwischen den beiden Völkern führen. Die palästinensischen Friedenskräfte haben eine ähnliche Aufgabe.

92 Dafür reichen diplomatische Formulierungen eines zukünftigen Friedensabkommens nicht aus. Die israelische Friedensbewegung muß von einem neuen Geist inspiriert werden, der die Herzen des anderen Volkes anrührt, Glauben an die Möglichkeit des Friedens schafft und die Herzen desjenigen Teils der israelischen Bevölkerung gewinnt, der in alten Mythen und Vorurteilen befangen ist.

93 Die kleinen und konsequenten israelischen Friedensbewegungen, die durchhielten und den Kampf fortsetzten, als das Friedenslager infolge des Camp-David-Debakels und des Ausbruchs der Al-Aqsa-Intifada in sich zusammenbrach, müssen eine entscheidende Rolle in diesem Prozeß übernehmen.

sich dann entscheiden, wo sie wohnen wollen. Verlegen sie ihren Lebensmittelpunkt in eine andere palästinensische Stadt, setzen sie die berühmte Kettenreaktion in Gang. Mit dem Umzug verlieren sie ihre israelischen Identitätspapiere für Ost-Jerusalem. Sie werden zu palästinensischen „Staats“-Bürgern, denen Israel die Reise- und Bewegungsfreiheit versagt. Lange gepflegte Krankenversicherungen und Altersvorsorgen verfallen. Nach Fertigstellung der Sperranlage wird die Mehrheit nicht mehr nach Ost-Jerusalem einreisen dürfen. Sie ist dann „abwesend“ im Sinne des Gesetzes von 1950. Wäre das Gesetz jetzt umgesetzt worden, wäre der exakte Umfang der betroffenen Güter unklar gewesen, so ein Mitarbeiter der Abteilung für Verhandlungsangelegenheiten der PLO⁷ in Ramallah. „Israel beschlagnahmte 2001 alle Grundbücher.“ Allerdings seien seit 1967 bereits 43,5 Prozent des Bodens in Ost-Jerusalem von Israel konfisziert worden. Weitere 41 Prozent dürfen von Palästinensern ebenfalls nicht bebaut werden. Hierfür steht nur knapp über ein Zehntel des Gebiets zur Verfügung. Die Wohnraumnot ist ein Grund für den Wegzug vieler Ost-Jerusalemmer in andere palästinensische Städte.

Die Trennung der Palästinenser in Ost-Jerusalem von ihren Landsleuten im Rest des Westjordanlands wird aber bereits mit einer zweiten Verordnung verschärft. Letztere benötigen schon seit Jahren eine israelische Erlaubnis zum Betreten des wirtschaftlichen und politischen Zentrums der Palästinenser. Die Wenigsten erhalten den begehrten Schein. Und ab Juli 2005 sollen nun auch Ost-Jerusalemmer eine Genehmigung beantragen müssen, um ihre Verwandten und Freunde im Umland besuchen zu können. Bis dahin wird der Bau der bis zu 11 Meter hohen Betonmauer um Ost-Jerusalem herum abgeschlossen sein.

Aktualisierte Fassung eines ursprünglich in *Telepolis* (www.telepolis.de) am 29. Januar erschienenen Artikels

Ramallah, 2. Februar 2005

- 1 <http://www.nad-plo.org/images/maps/jpeg/iopal.jpg>
- 2 <http://www.palestineremembered.com/Acre/Right-Of-Return/Story441.html>
- 3 <http://www.haaretzdaily.com/hasen/objects/pages/PrintArticleEn.jhtml?itemNo=530047>
- 4 <http://www.pngo.net>
- 5 <http://www.nad-plo.org/images/maps/jpeg/lgaugust.jpg>
- 6 <http://stopthewall.org/internationallaw/653.shtml>
- 7 <http://www.nad-plo.org>

94 Diese Bewegungen können mit einem kleinen Rad mit eigenen Antrieb verglichen werden, das ein größeres Rad antreibt, das wiederum ein noch größeres Rad in Bewegung setzt und so weiter, bis die ganze Maschine in Aktion gerät. Alle früheren Errungenschaften der israelischen Friedenskräfte waren auf diese Weise erreicht worden, wie zum Beispiel die israelische Anerkennung der Existenz des palästinensischen Volkes, die breite öffentliche Akzeptanz der Idee eines palästinensischen Staates, die Bereitschaft, mit Verhandlungen mit der PLO zu beginnen, einen Kompromiß über Jerusalem einzugehen und so weiter.

95 Das neue Friedenslager muß die öffentliche Meinung in Richtung einer neuen mutigen Revision des nationalen Narrativs führen und dieses von seinen falschen Mythen frei machen. Es muß ernsthaft darum ringen, die historischen Versionen beider Völker in ein einziges Narrativ zu bringen, frei von historischen Fälschungen und für beide Seiten annehmbar.

96 Während es [das neue Friedenslager] dies tut, muß es der israelischen Öffentlichkeit zu der Erkenntnis verhelfen, daß es, neben den großen und positiven Aspekten des zionistischen Unternehmens, ein furchtbares Unrecht gibt, das dem palästinensischen Volk zugefügt wurde. Diese Ungerechtigkeit, die während der Nakba [Naqba = Katastrophe; Vertreibung der Palästinenser im Jahre 1948] am schlimmsten war, verpflichtet uns, Verantwortung zu übernehmen und so viel wie möglich wiedergutzumachen.

97 Ein Friedensabkommen ist wertlos, solange nicht beide Seiten in der Lage sind, es im Geist und in der Praxis anzunehmen – so weit wie es die grundsätzlichen nationalen Bestrebungen befriedigt und die nationale Würde und Ehre nicht verletzt.

98 In der derzeitigen Situation gibt es keine andere Lösung außer der einen, die sich auf dem Prinzip von „Zwei Staaten für zwei Völker“ gründet, was friedliche Koexistenz in zwei unabhängigen Staaten – Israel und Palästina – bedeutet.

99 Die zuweilen ausgesprochene Idee, daß es möglich und wünschenswert sei, die Zwei-Staaten-Lösung durch eine Ein-Staat-Lösung im ganzen Land zwischen Mittelmeer und dem Jordan als einen binationalen oder nicht-nationalen Staat zu ersetzen, ist unrealistisch. Der überwiegende Teil aller Israelis wird nicht

damit einverstanden sein, den israelischen Staat aufzulösen – ebensowenig wie der größte Teil des palästinensischen Volkes die Errichtung eines eigenen Nationalstaates aufgeben wird. Diese Illusion ist zudem gefährlich, da sie den Kampf für eine Zwei-Staaten-Lösung, die in absehbarer Zeit realisiert werden kann, zugunsten einer Idee untergräbt, die in den nächsten Jahrzehnten keine Chance der Realisierung hat. Diese Illusion kann auch unter dem Vorwand für die Existenz der Siedlungen und für deren Ausdehnung mißbraucht werden. Wenn ein gemeinsamer Staat errichtet wird, würde er ein Schlachtfeld werden, bei der eine Seite durch Vertreibung der anderen darum kämpft, die Majorität zu behalten.

100 Das neue Friedenslager muß einen Friedensplan formulieren, der auf den folgenden Prinzipien beruht:

- a** Die Besatzung muß aufhören. Ein unabhängiger und lebensfähiger palästinensischer Staat wird neben Israel errichtet.
- b** Die Grüne Linie wird die Grenze zwischen dem Staat Israel und dem Staat Palästina sein. Begrenzter Landaustausch wird nur durch gegenseitiges Einvernehmen möglich sein, der durch freie Verhandlungen im Verhältnis von 1:1 erreicht wird.
- c** Alle israelischen Siedler werden aus dem Gebiet des Staates Palästina evakuiert, und die Siedlungen werden den Flüchtlingen zur Verfügung gestellt.
- d** Die Grenze der beiden Staaten wird nach Übereinkunft durch gemeinsame Abkommen für Waren und Menschen offen sein.
- e** Jerusalem wird die Hauptstadt beider Staaten sein. West-Jerusalem wird die Hauptstadt Israels und Ost-Jerusalem die Hauptstadt Palästinas sein. Der Staat Palästina wird die vollständige Souveränität über Ost-Jerusalem, einschließlich des Haram Al-Sharif (Tempelberg) haben. Der Staat Israel wird die volle Souveränität über West-Jerusalem haben, einschließlich der Klagemauer und des jüdischen Viertels in der Altstadt. Die beiden Staaten werden ein Abkommen über die Einheit der Stadt auf Verwaltungsebene erreichen.
- f** Israel wird im Prinzip das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge als ein unveräußerliches Menschenrecht anerkennen und moralische Verantwortung für seinen Teil bei der Schaffung des Pro-

Yiss'hak Amar sieht über die Mauer,
die das Haus der Familie vom übrigen Dorf
trennt.

Foto: Eyal Ofer, Mas'ha, Oktober 2003

blems übernehmen. Ein Wahrheitsfindungs- und Versöhnungskomitee wird die historischen Fakten in objektiver Weise nachweisen. Die Lösung des Problems wird durch ein Abkommen erreicht, das sich nach gerechten, fairen und praktischen Erwägungen ausrichtet und auch Rückkehr auf das Gebiet des palästinensischen Staates, Rückkehr einer begrenzten und abgestimmten Zahl auf das Gebiet von Israel, Zahlungen von Kompensation und Ansiedlung in anderen Ländern einschließt.

g Die Wasserressourcen werden gemeinsam kontrolliert und durch ein Abkommen gleich und fair geteilt.

h Ein Sicherheitspakt zwischen den beiden Staaten wird die Sicherheit von beiden garantieren und die besonderen Sicherheitsbedürfnisse von beiden berücksichtigen. Das Abkommen wird durch die

internationale Gemeinschaft unterstützt und durch internationale Garantien bestätigt.

i Israel und Palästina werden mit anderen Staaten der Region zusammenarbeiten, um eine regionale Gemeinschaft nach dem Vorbild der Europäischen Union zu errichten.

j Die ganze Region wird von Massenvernichtungswaffen frei gemacht.

101 Die Unterzeichnung des Friedensabkommens und dessen aufrichtige, in gutem Glauben erfolgende Realisierung wird zum Ende des historischen Konflikts führen und zur Versöhnung zwischen den beiden Völkern, wenn sie sich auf Gleichheit, gegenseitige Achtung und das Bemühen um größtmögliche Zusammenarbeit gründet.

Vom Verfasser autorisierte Übersetzung
aus dem Englischen von Ellen Rohlf

